



Niederschrift

**über die 31. Sitzung des Gemeinderates
am Montag, 23.10.2023, 18:00 Uhr
Aula der Josef-Annegarn-Schule,
Hanfgarten 18, 48346 Ostbevern**

Anwesend:

| Mitglieder des Rates | |
|----------------------------------|------------|
| Beiers, Anja | |
| Beiers, Benedikt | |
| Brune, Markus | |
| Drilling-Kleihauer, Jutta | |
| Eisel, Peter | |
| Füssel, Michael | |
| Große Hokamp, André | |
| Gutsche, Felix | |
| Horstmann, Heinz Hugo | |
| König, Florian | |
| Läkamp, Karin | |
| Laumann, Georg | |
| Ludwig, Willy | |
| Lunkebein, Ulrich | |
| Meyberg, Sebastian | |
| Meyer-Dietrich, Marion | |
| Möllenbeck, Elmar | ab TOP 7.1 |
| Neumann, Jochem | |
| Niedermeier, Claudia | |
| Piochowiak, Karl | |
| Schapmann, Oliver | |
| Stadtman, Simon | ab TOP 2 |
| Stratmann, Werner | |
| Termühlen, Hildegard | |
| von Beverfoerde-Werries, Philipp | |
| Wiegert, Sandra | |

von der Verwaltung

Hüttmann, Klaus
König, Dr. Michael
Querdel, Marie
Roggenland, Barbara
Stegemann, Hubertus
Witt, Hans-Heinrich

Es fehlen entschuldigt:

Mitglieder des Rates

Haase, Michael
Pelz, Karin
Weglage, Wolfgang

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Herr Piochowiak eröffnet die Sitzung, begrüßt die Ratsmitglieder und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Piochowiak erläutert einen Antrag der SPD Fraktion, die aus Gründen der Dringlichkeit den Antrag auf Veränderung der Tagesordnung stellt. Die Vorlage 2023/173 „Erwerb Modulcontainer vom Kreis“ unter dem Tagesordnungspunkt 3 soll aus dem nicht öffentlichen Teil verschoben werden in den öffentlichen Teil unter Punkt 13.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

| | Gesamt | BM | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|----|-----|--------|-----|-----|
| Ja | 22 | | 8 | 7 | 4 | 3 |
| Nein | 2 | 1 | 1 | | | |
| Enthaltung | 2 | | 2 | | | |

Damit ist dem Antrag mehrheitlich stattgegeben.

2. Bestimmung des Schriftführers

Frau Querdel wird zur Schriftführerin dieser Sitzung bestimmt.

3. Feststellung der Befangenheit

Befangenheit wird wie folgt festgestellt:

| | |
|----------|--|
| TOP 9 | Frau Meyer-Dietrich |
| TOP 3 Nö | Herr Füssel, Herr Laumann, Herr Ludwig |
| TOP 4 Nö | Herr Piochowiak |

4. Einwohnerfragestunde

Frau Marlene Wietkamp fragt, wie es mit der Verkehrsführung an der Hauptstraße weitergeht. Die Kreuzung mitten im Ort direkt vor ihrem Geschäft und Straßen im unmittelbaren Kreuzungsbereich sind gesperrt. Dadurch sind ihrer Ansicht nach die Geschäfte im Ortskern schwer zu erreichen. Sie hält die Einschränkungen insbesondere für die Gewerbetreibenden für nicht zumutbar.

Herr Witt antwortet, dass Einschränkungen durch die Baumaßnahmen und erforderlichen verkehrsrechtlichen Anordnungen nicht zu vermeiden seien, aber auch nach Lösungen gesucht wird, um diese Einschränkungen so weit wie möglich im gegenseitigen Einvernehmen und für die Gewerbetreibenden so gering wie möglich zu erhalten. Ziel ist es, wie immer kommuniziert, die Erreichbarkeit der Geschäfte auch während der Baumaßnahme zu gewährleisten.

Herr Hubert Peppenhorst fragt, ob das DRK von der beabsichtigten Errichtung der Containeranlage schon durch die Gemeinde erfahren hat. Seines Wissens bestünde über die zu beanspruchende Fläche ein Überlassungsvertrag zu Gunsten des DRK. Zudem sei es erforderlich, alle Anwohner:innen umfangreich zu informieren.

Herr Piochowiak antwortet, dass die Anwohner im Rahmen eines Gesprächs am 19.10.2023 über die rechtlichen Voraussetzungen und vorgesehenen Maßnahmen informiert wurden. Das DRK sei über den direkten Kontakt mit dem Vorsitzenden des DRK, Kämmerer Dr. König, über die Maßnahmen informiert. Herr

Dr. König erläutert, dass das DRK informiert ist und diese Entscheidung unterstützt.

Herr Ulrich Schmidt, Eigentümer der Immobilie von-Braun-Straße 5, fragt, ob die Verwaltung etwas unternimmt, wenn unterschiedliche Gruppen und Ethnien aufeinandertreffen und es dort zu einer Eskalation kommt.

Herr Piochowiak antwortet, dass zunächst einmal nicht angenommen werden kann, dass es zu Eskalationen kommt, wenn in Ostbevern unterschiedliche Nationalitäten miteinander in Nachbarschaft leben. Wie in allen anderen Fällen auch kümmert sich die Gemeinde mit ihren Kräften, insbesondere des Sozialdienstes aber auch, der Hausverwaltung und des Bauhofs, um eine möglichst umfangreiche Integration der in Ostbevern Ankommenden. Damit sei auch jederzeit eine Reaktion auf evtl. auftretende Probleme möglich.

Frau Sabine Schmidt fragt, wie groß das Grundstück an der von-Braun-Straße ist, und ob alle Ratsmitglieder diese Information haben. Ratsmitglied Füssel erläutert, dass das Grundstück 596 qm² groß sei und diese Information allen Ratsmitgliedern bekannt sei.

Herr Schmidt fragt, ob es Alternativen zu dem Grundstück an der von-Braun-Straße gibt. Herr Piochowiak erläutert, dass vor dem Hintergrund der u. a. in der Ratsvorlage erläuterten Kriterien und in ihrer Kombination das Grundstück von-Braun-Straße 7 als im Verhältnis besonders geeignet gegenüber allen anderen in die Prüfung einbezogenen Grundstücken von der Verwaltung bewertet wurde.

Frau Katja Schaper fragt, wie viele Grundstücke für die Errichtung der Flüchtlingsunterkunft benötigt werden. Herr Piochowiak kann dazu keine konkrete Äußerung treffen. Insbesondere da auch vermeintlich sich anbietende private Grundstücke oder gewerbliche Immobilien in die Prüfung mit einbezogen wurden und hier ein Vertrauensschutz besteht und datenschutzrechtliche Aspekte zum Schutz personenbezogener Daten zu beachten sind.

Herr Herte fragt, ob die Ratsmitglieder sich das Grundstück einmal angesehen haben und äußert seine Bedenken, dass das Grundstück für das Bauvorhaben zu klein sei. Herr Piochowiak antwortet, dass dies eine Fragestunde an den Bürgermeister ist und nicht an den Gemeinderat. Er geht jedoch davon aus, dass sich alle Ratsmitglieder mit dem Grundstück befasst haben. Herr Herte erwartet im weiteren Verlauf von jeder Fraktion eine Stellungnahme zum Grundstück.

Eine Anwohnerin fragt, wie viele Flüchtlinge dort untergebracht werden sollen.

Herr Piochowiak erklärt, dass in der Flüchtlingsunterkunft 10-16 Personen Platz finden. Dies sei allerdings immer auch abhängig von den jeweiligen Familiensituationen.

Herr Peter Müller fragt, wann die Turnhalle der Josef-Annegarn-Schule freigeräumt wird und wieder für den Sport genutzt werden kann. Herr Witt antwortet, dass die Turnhalle momentan - auftragsgemäß durch den Rat - schon freigeräumt wird. Dies wird jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nehmen, da nicht nur Betten, Möbel und Bauzäune in der Turnhalle stehen, sondern auch ein neuer Boden fest verlegt ist. Der Vereins- und Schulsport kann nach Freigabe der Turnhalle wieder kurzfristig aufgenommen werden.

Frau Silvia Oejen erwähnt, dass die Ratsmitglieder aus ihrer Sicht gewählt wurden, um die Gemeinde zu vertreten. Die Anwohner:innen hätten das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Die Ratsmitglieder sollten doch die Fragen der Anwohner:innen erst nehmen und zu Gunsten der Anwohner:innen handeln. Herr Piochowiak erklärt, dass er und alle Ratsmitglieder die Fragen sehr wohl ernst nehmen. Die Ratsmitglieder werden von den Bürger:innen Ostbeverns gewählt, daher vertreten sie die Interessen der Allgemeinheit und nicht einzelner Anwohner:innen. Er verwahrt sich auch im Namen des Rates davor, mit pauschalen Behauptungen die ehrenamtliche Arbeit der Rats- und Ausschussmitglieder und insbesondere auch in diesem Sachzusammenhalt, zu diskreditieren.

Ein Anwohner äußert seine Bedenken, da im Bereich der Container keine eigenständige Grünfläche geplant sei. Er vermutet, dass die Bewohner dann den Spielplatz für den Aufenthalt nutzen und die dort sonst spielenden Kinder vertreiben werden. Herr Piochowiak weist diese Annahmen als Spekulation zurück. Es gebe eine Vielzahl von Freiflächen und Spielplätze in Ostbevern, die von jedermann frei zugänglich sind.

Herr Schapmann äußert sich, dass es nicht genug Parkplätze gäbe und die Flüchtlinge vermutlich in der Parkverbotszone parken würden. Herr Piochowiak erläutert, dass ausreichend Parkplätze zugewiesen werden, die auch im Bauantrag angegeben sein müssten. Herr Witt ergänzt, dass diese Parkplätze in unmittelbarer Nähe innerhalb zum Objekt ausgewiesen werden können und es sich um drei Stellplätze handelt.

5. **Bericht des Bürgermeisters**

1. Telefonserviceleistungen durch den Kreis WAF

Der Rat der Gemeinde Ostbevern hat in seiner Sitzung am 23.06.2022 beschlossen, dass die Telefonserviceleistungen der Gemeinde Ostbevern künftig vom Kreis Warendorf übernommen werden sollen. Eine diesbezügliche öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde mit dem Kreis Warendorf Ende Juni 2022 geschlossen. Die Übernahme der Telefonserviceleistungen durch den Kreis Warendorf erfolgte zum 01.07.2022.

Die Verwaltung wurde bei der Beschlussfassung gebeten, nach gut einem Jahr zu berichten. Die Verwaltung teilt gerne mit, dass die in dem ersten Jahr gemachten Erfahrungen als sehr positiv zu bewerten sind. Das Entgelt für die Serviceleistungen beläuft sich auf jährlich 6.000 € und wird für die ersten Jahre gemäß der Richtlinie für Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit in Höhe von 16.200 € gefördert.

2. Änderung der Organisationsform der Josef-Annegarn-Schule

Die Bezirksregierung Münster hat mit Schreiben vom 19.09.2023 der vom Rat mit Beschluss vom 04.05.2023 beantragten Änderung der Organisationsform der Josef-Annegarn-Schule zugestimmt. Beginnend ab dem Schuljahr 2024/2025 werden die Schülerinnen und Schüler in einer kooperativen Organisationsform ab Klasse 7 in zwei nach unterschiedlichen Anforderungsebenen getrennten Bildungsgängen unterrichtet. Die Änderung betrifft die jetzigen Jahrgangsstufen 5 und 6 und zukünftige Jahrgangsstufen der Josef-Annegarn-Schule ab der Klasse 7. Die jetzigen Jahrgangsstufen 7 bis 10 bleiben von der Änderung der Organisationsform unberührt.

3. Vandalismus-Schäden im Bereich gemeindlicher Objekte

Die CDU-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern hat beantragt, Maßnahmen zur „Aufenthaltsbeschränkung und Videoüberwachung aufgrund wachsenden Vandalismus“ durchzuführen. Dieser Antrag ist im zuständigen Ausschuss, - das ist der Bildungs-, Generationen- und Sozialausschuss am 30.11.2023 – zu behandeln. Unabhängig von diesem Antrag hat die Verwaltung bereits Kontakt mit der Gebäudeversicherung aufgenommen, um von dort Informationen zu präventiven Maßnahmen (Alarmanlage, Videoüberwachung) aus vergleichba-

ren Objekten zu erhalten. Zur BGSA-Sitzung sollen Stellungnahmen von der Versicherung, von den Betreibern vergleichbarer Anlagen sowie vom Datenschutzbeauftragten vorliegen.

4. Förderrichtlinie Ganzttag

In der Sitzung des Bildungs-, Generationen- und Sozialausschusses am 29.08.2023 hat die Verwaltung hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung einen Sachstandsbericht gegeben. Berichtet wurde auch über die Verwaltungsvereinbarung vom Bund und den Bundesländern zur Einführung des stufenweisen Anspruchs auf Ganztagsbetreuung ab 2026 sowie den Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 3,5 Mrd. € sowie über die noch nicht in Kraft getretene Förderrichtlinie des Landes NRW. Das Ministerium für Schule und Bildung NRW hat nunmehr mit Pressemitteilung vom 18.10.2023 über das Inkrafttreten der Förderrichtlinie informiert.

Demnach sind Neubau-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen sowie die Sanierung und Ausstattung von Schulgebäuden grundsätzlich förderfähig. Die Zuwendung erfolgt in Höhe von 85 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben. Der Eigenanteil des Schulträgers kann auch aus den Mitteln der Schul- und Bildungspauschale finanziert werden. Für jeden Schulträger wurden Schulbudgets als Höchstbeträge festgesetzt. Für Ostbevern beläuft sich das Schulbudget auf insgesamt 466.885,45 €. Der Zuwendungsantrag ist spätestens bis zum 31.12.2024 einzureichen. Die Maßnahmen müssen bis zum 31.12.2027 abgeschlossen sein.

5. Baugenehmigung und erster Spatenstich Kita Bullerbü

Die Baugenehmigung für die Kita Bullerbü wurde seitens des Bauamtes des Kreises Warendorf am 27.09.2023 erteilt.

Nach erfolgter Abstimmung mit dem Investor, BIB Baackmann Immobilien und Bauträger GmbH, dem Träger der Kindertageseinrichtung, AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems, dem Team der Kita Bullerbü und der Verwaltung findet am morgigen Dienstag, 11.00 Uhr, der symbolische erste Spatenstich statt.

6. KidS – Kommunalpolitik in Schulen

Die Verwaltung möchte gerne an den vereinbarten Termin am kommenden

Donnerstag, 26.10.2023, 18.00 Uhr im Jugendcafe, Lienener Damm 36 b, erinnern. Zu diesem offenen Austausch mit den Jugendlichen sollen neben dem Bürgermeister und der Ausschussvorsitzenden/Vorsitzenden des Kinder- und Jugendwerkes, Frau Beiers, auch Vertreter der vier Fraktionen teilnehmen.

7. Netzwerktreffen „Frühe Hilfen und Schutz“

Am 18.10.2023 hat ein weiteres Treffen des Netzwerkes „Frühe Hilfen und Schutz“ im Rathaus Ostbevern mit rd. 25 Teilnehmenden stattgefunden. Neben aktuellen Nachrichten aus den Einrichtungen und Diensten lag bei diesem Treffen ein besonderer Fokus auf dem Thema „Sucht- und Drogenprävention“. Hierzu konnte Frau Stronczek von der Kriminalprävention/Opferschutz von der Kreispolizeibehörde Warendorf als Referenten gewonnen werden. Nach diesem thematischen Input hat Herr Bögge, Amt für Jugend und Bildung des Kreises Warendorf, das Präventionsprojekt „Revolution Train“ vorgestellt. Abschließend wurde über die derzeit stattfindenden Veranstaltungen im Rahmen der Drogen- und Suchtpräventionstage berichtet.

8. Bürgerantrag: Neubepflanzung und Pflege der öffentlichen Beete im Baugebiet „Grevener Damm Süd“

Mit Schreiben vom 12.10.2023 wenden sich stellvertretend für insgesamt über 90 Unterzeichnende 2 Anlieger mit einem Bürgerantrag zur Neubepflanzung und Pflege der öffentlichen Beete im Baugebiet „Grevener Damm Süd“ an den Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderates.

Nach § 5 Absätze 4 und 5 der Hauptsatzung der Gemeinde Ostbevern sind Anregungen und Beschwerden im Haupt- und Finanzausschuss zu behandeln. Dieser verweist sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Für den eingereichten Bürgerantrag wäre dieses der Umwelt- und Planungsausschuss. Die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist planmäßig erst am 04.12.2023, so dass eine inhaltliche Behandlung unter Beachtung der Einladungsfristen erst in einer Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses im kommenden Jahr möglich wäre.

Die Verwaltung schlägt daher vor, diesen Antrag in der Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses am 14.11.2023 zu erörtern und hat hierfür, das Einverständnis der Mitglieder des Rates vorausgesetzt, die Aula/Mensa als Sitzungsort reserviert.

6. Berichte aus den Gremien

Es wird kein Bericht gegeben.

7. Bürger- und Fraktionsanträge

7.1. ÖPNV

- Antrag der CDU-Fraktion zur Buslinie 418 - Kirche / Bahnhof

- Änderungen im Zuge der Maßnahme "Eine neue Mitte"

Vorlage: 2023/148

Herr Stegemann erklärt, dass die Zweckbindungsfrist für die Förderung der Haltestellen Grevener Damm und Kohkamp/Nordring 20 Jahre beträgt.

Nach erfolgter Erläuterung erklärt Herr Füssel für die CDU-Fraktion, dass der Antrag zurückgezogen wird. Es besteht Einvernehmen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2024 erneut die Aufwendungen der Linie 418 zu erörtern.

8. Kontrolle gefasster Beschlüsse

Vorlage: 2023/164

Der Rat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

9. Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden

- Sachstandsbericht

- Standortentscheidung für die Errichtung einer temporären Unterkunft

Vorlagen: 2023/174 und 2023/174/1 und 2023/174/2

Herr Stratmann (Fraktion B90/Die Grünen) erklärt zunächst grundsätzlich die Ernsthaftigkeit der Arbeit im Rat und den Ausschüssen, die zum Teil von Ehrenamtlichen fraktionsübergreifend seit vielen Jahren wahrgenommen wird. Dabei bewegen sich die Ratsmitglieder immer wieder und in vielen Angelegenheiten im Spannungsfeld individueller Interessen Einzelner und dem Gemeininteresse vieler. Dabei gelte es immer abzuwägen, wie die relevanten Interessen aller miteinander verwoben werden können. Am Ende stünden Entscheidungen, die – was in der Natur der Sache liegt – nicht immer alle zufrieden machen können. Das gelte für Antragsteller ebenso wie für die Ratsmitglieder. Die kommunalen Entscheidungsprozesse seien oft auch Grundlage von gefundenen Kompromissen. Dies sei aber nicht immer möglich. Verlangt sei von den Verantwortlichen

im Rat und den Ausschüssen, dann dennoch diese mitunter schweren Entscheidungen zu treffen. Da würde auch oft innerhalb der Fraktionen gerungen. Am Ende entscheidet das Ratsmitglied auf der Grundlage seines Gewissens und ist dabei angewiesen auf die in der Verwaltung zugänglichen Kompetenzen. Auf diese Kompetenzen könne der Rat auch in dieser Angelegenheit voll vertrauen. Er bedankte sich beim Bürgermeister und der Verwaltung, dass auch in dieser schwierigen Angelegenheit Rat und Ausschüsse umfangreich über Sachstände informiert und Entscheidungsprozesse mitgenommen wurden.

Vertreter aller Fraktionen nehmen Stellung zu den durch die Anwohner:innen vorgebrachten Anliegen. Die schriftlich vorliegende Stellungnahme der CDU-Fraktion ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Herr von Beverfoerde macht auf eine E-Mail des Bürgermeisters vom Vormittag aufmerksam, womit er weitere Einwendungen der Anwohner:innen wunschgemäß an die Ratsmitglieder weitergegeben hat. Hierzu konnte zwischenzeitlich noch keine Abstimmung in der CDU Fraktion herbeigeführt werden. Daher beantragt er eine Sitzungsunterbrechung. Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben. Die Sitzung wurde um 19:17 Uhr für fünf Minuten unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird beschlossen:

1. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die auf der Grundlage des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 19.09.2023 zu erwerbende Containeranlage für die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrende ist auf dem Grundstück von-Braun-Straße 7 c aufzustellen, jedoch für maximal bis zu drei Jahren nach Aufstellung.
3. Die Eingaben der in der Anliegerversammlung am 19.10.2023 anwesenden Anlieger werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

| | Gesamt | BM | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|----|-----|--------|-----|-----|
| Ja | 23 | 1 | 11 | 7 | 4 | |
| Nein | 2 | | | | | 2 |
| Enthaltung | | | | | | |

Frau Meyer-Dietrich hat gemäß § 43 i. V. m. § 31 GO NRW an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen und die Sitzungsrunde verlassen.

10. "Eine neue Mitte für Ostbevern"
- Beschluss über das Bauprogramm
Vorlagen: 2023/168 und 2023/168/1

Herr Füssel fragte in der letztem Umwelt-und Planungsausschusssitzung für die CDU, ob eine schriftliche Bestätigung der TEO AÖR vorliegt. Diese Stellungnahme liegt nun vor (Anlage 2), und wird verlesen von Herrn Piochowiak.

Es wird beschlossen:

Beschluss über Materialien, Bäume und Ausstattungsgegenstände

Der Verwendung der vorgestellten Materialien, Bäume und Ausstattungsgegenstände wird zugestimmt. Sie sind in die Ausführungsplanung und die Ausschreibungsunterlagen für die Ausführung entsprechend aufzunehmen.

Beschluss des Bauprogrammes

Dem vorgestellten Bauprogramm (Anlage 3 und 4) für die Straßenerneuerung im Ausbaubereich „Eine neue Mitte für Ostbevern“ wird zugestimmt. Auf dieser Grundlage soll der Ausbau der Straßen erfolgen.

Der Bürgermeister wird ermächtigt, Beschlüsse zu Abweichungen von der Planung, die Mehrkosten von weniger als 10.000 € verursachen, zu treffen.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

| | Gesamt | BM | CDU | B90/G. | SPD | FDP |
|------------|--------|----|-----|--------|-----|-----|
| Ja | 21 | 1 | 11 | 3 | 4 | 2 |
| Nein | 4 | | | 3 | | 1 |
| Enthaltung | 1 | | | 1 | | |

**11. Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Warendorf
- Anhörungsverfahren der Städte und Gemeinden nach § 6 LAbfG
Vorlage: 2023/120**

Es wird beschlossen:

Der Entwurf der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Warendorf für Abfälle aus Haushaltungen, Stand: Juli 2023 (vgl. Anlage 5), wird zur Kenntnis genommen. Der Fortschreibung des Konzeptes in der als Anlage 5 vorgelegten Fassung wird zugestimmt.

Folgende Anregungen werden vorgebracht:

- Die auf Seite 11 erwähnte Produktverantwortung sollte definiert und entsprechende Maßnahmen festgelegt werden.
- Der auf Seite 20 genannte Verlust der Abfalleigenschaft für das nun registrierte „Produktöl auf Basis ECO 20“ sollte unter den Vorgaben des § 5 Kreislaufwirtschaftsgesetz geprüft werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

**12. Änderung der Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Gemeinde Ostbevern
Vorlage: 2023/170**

Herr Eisel spricht sich für dafür aus, die Tonbandmitschnitte weiterhin zu erstellen.

Sodann wird beschlossen:

Die Geschäftsordnung des Rates und der Ausschüsse der Gemeinde Ostbevern wird hinsichtlich der Niederschrift in § 24 wie folgt geändert:

- (2) Über die in Abs. 1 genannten Inhalte werden in der Niederschrift sachliche Erklärungen zu Beratungspunkten und persönliche Äußerungen aufgenommen, wenn sie vor ihrer Abgabe ausdrücklich als zur Aufnahme in die Niederschrift oder als Anlage zur Niederschrift gewünscht vorgetragen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

13. Erwerb Modulcontainer vom Kreis
Vorlage: 2023/173

Der Tagesordnungspunkt wurde durch Beschluss des Rates durch Änderung der Tagesordnung in den öffentlichen Teil verschoben, und ist somit neuer TOP 13.

Es wird beschlossen:

Der Rat beschließt den Erwerb von Kita-Containermodulen für 2 Gruppen vom Kreis Warendorf.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

14. Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung

Frau Drilling-Kleihauer fragt, ob wieder eine Mahnwache organisiert werden könnte für den Krieg in Israel. Herr Piochowiak erwähnt, dass die Verwaltung bereits eine Israel Fahne analog zum Vorgehen anderer Behörden bestellt hat, um sie vor dem Rathaus neben der Ukraine Fahne zu hissen. Dies könnte für eine gemeinsame Aktion genutzt werden, die mit den Fraktionen abgesprochen würde.

Herr Lunkebein fragt, ob die Brandruine, der ehemaligen Gaststätte „Havanna“ zeitnah entfernt werden kann. Herr Piochowiak erklärt, dass der Eigentümer zuständig sei, es aber im Interesse aller liegt, den Schutt schnellstmöglich zu entfernen und auch den Fußweg bzw. Schulweg wieder frei zu räumen. Aktuell sei das Gelände noch nicht von der Kriminalpolizei als Tatort freigegeben.

Herr Füssel fragt, ob es von dem leerstehenden Gebäude an der Hauptstraße „Kirchner-Bau“ Neuigkeiten gibt. Herr Piochowiak hat keine Neuigkeiten zu berichten.

Karl Piochowiak
Bürgermeister

Marie Querdel
Schriftführerin

Anlagen

- 1 Stellungnahme der CDU-Fraktion zur Standortwahl „von-Braun-Straße“
- 2 Stellungnahme der TEO
- 3 Bauprogramm westlicher Teil
- 4 Bauprogramm östlicher Teil
- 5 Abfallwirtschaftskonzept Kreis Warendorf 2024